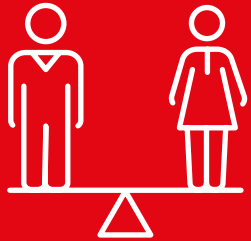




#SOMUSS
SOZIALSTAAT



AK



SO MUSS

Index

Vorwort Präsidentin	3
Verteilung	6
Demokratie	8
Bildung	10
Gesundheit	12
Pflege	14
Gleichstellung	16
Wohnen	18
Pensionen	20
Klima	22
Arbeitsmarkt	24
Gute Arbeit	26
Mitbestimmung	28
Armut	30
Mitwirkende	32
Im besten Sozialstaat	34

Standard-Referenzen zum Weiterlesen:

- [AK-Wohlstandsbericht 2023](#) (AK Wien)
- [Umverteilung durch den Staat in Österreich](#) (WIFO Wien)
- [So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen](#) (Statistik Austria)
- [Sozialquote, Sozialausgaben und Finanzierung](#) (Statistik Austria)
- [Soziale Lage und Sozialpolitik in Österreich](#) (AK Wien)

Impressum: © Arbeiterkammer Wien, 2023

Medieninhaberin: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, 1040 Wien, Telefon: (01) 501 65 1

Redaktion: Gloria Gruber, Alexa Jirez, Nani Kauer

Gestaltung: Tea Mina Farag

Offenlegung gem. § 25 MedienG:

wien.arbeiterkammer.at/impressum

SOZIALSTAAT

**DER BESTE SOZIALSTAAT DER WELT FÜR ALLE, DIE HIER LEBEN.
DAS MUSS KEINE UTOPIE BLEIBEN. WIR WISSEN, WIE DAS GEHT.**

Alle, die hier leben: Das sind Schulkinder und Pensionist:innen; Studierende, Pflegepersonal und Unternehmer:innen; Landwirt:innen, Ärzt:innen und Arbeitssuchende; das sind Menschen, die hier geboren sind, und Menschen, die ihre Geburtsorte verlassen haben, um mit uns zu leben. Sie alle – wir alle – profitieren vom besten Sozialstaat der Welt. Er ist der sichere Boden, auf dem wir stehen, er ist das Fundament, auf dem unsere Gesellschaft aufgebaut ist.

Er begleitet uns durch alle Lebenslagen. Und: Er hilft uns in Notlagen, wieder auf die eigenen Beine zu kommen – ob man krank oder arbeitslos wird, ob ein Betrieb Kurzarbeitsunterstützung oder eine Landwirtin Förderung beim Umstieg auf Bio-Betrieb braucht. Die Arbeiterkammer Wien hat sich eineinhalb Jahre lang intensiv damit befasst, wie dieser Sozialstaat aussehen soll. Viele Menschen aus unterschiedlichen Organisationen, Institutionen, Betrieben haben dazu beigetragen. Bei ihnen allen bedanke ich mich ausdrücklich. Wir haben gemeinsam in vielen Bereichen die Herausforderungen identifiziert und Visionen entwickelt, wie wir diese meistern können.

Als Arbeiterkammer richten wir unseren Blick insbesondere auf die Arbeits- und Lebensbedingungen für unsere Mitglieder. Wir zeichnen darüber hinaus auch ein Bild davon, wie wir uns eine solidarische Gesellschaft vorstellen. Der beste Sozialstaat der Welt ist möglich – mit ausreichender Finanzierung. Das geht. Dafür ist eine einzige Sache nötig: der politische Wille. In Österreich ist so viel Geld vorhanden. Wenn wir das viele Vermögen besser verteilen, wird niemandem etwas fehlen und alle haben etwas davon. So können wir sozialstaatliche Leistungen gut und dauerhaft absichern – für das Schulkind und die Pensionistin, für die Unternehmerin und den Landwirten.



RENATE ANDERL, PRÄSIDENTIN DER AK WIEN

**DER SOZIALSTAAT IST DER
SICHERE BODEN, AUF DEM
WIR ALLE STEHEN.
ER IST DAS FUNDAMENT,
DAS DIE GESELLSCHAFT
ZUSAMMENHÄLT.**



Demokratie und Beteiligung sind wichtige Bausteine jeder Gesellschaft. Menschen, die mit uns leben und arbeiten, sind unsere Nachbar:innen, unsere Straßenbahnfahrerin, unser Supermarktkassier, unsere Kolleginnen und Kollegen. Sie haben das Recht auf Teilhabe an allen Prozessen, die sie betreffen – in der Politik, in der Gesellschaft, in den Schulen, Berufsschulen, Universitäten und Betrieben.



Wohnen ist ein Grundrecht und kein Luxus. Wohnraum muss ausschließlich fürs Wohnen da sein und nicht für Spekulation. Ein modernes Mietrecht sorgt dafür, dass Wohnen für alle Menschen leistbar bleibt.



Beste Bildung von Anfang an ist die Garantie für ein gutes, selbstbestimmtes Leben, für gute Jobchancen und damit für sichere Einkommen. Jedes Kind hat das Recht darauf, schon von klein auf bestmöglich gefördert zu werden. Dafür muss es ausreichend Personal in allen Bildungseinrichtungen geben, mit Arbeitsbedingungen, die diese Förderung möglich machen.



Das gesetzliche **Pensionssystem** sichert uns gute Pensionen, auch für die heute Jüngeren. Umfassende Reformen haben unser System auf den demographischen Wandel vorbereitet. Wesentlich für gute Pensionen sind gute Ausbildungen, gesunde Arbeitsplätze, gute Einkommen und flächendeckende Kinderbetreuung, die Vollzeitarbeit ermöglicht.



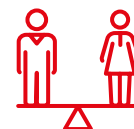
Im besten **Gesundheitssystem** haben ausnahmslos alle den gleichen Zugang zu hochwertigen Leistungen und das Personal hat gute Arbeitsbedingungen mit guten Einkommen.



Ein intaktes **Klima** geht alle an: die Einzelnen, vielmehr aber noch die Politik. Sie schafft die Rahmenbedingungen für klimagerechte Arbeitsplätze, Städte und Gemeinden – mit konkreten Maßnahmen und mit Geld. Die Politik sorgt außerdem dafür, dass jene, die mehr Schaden verursachen, zu dessen Behebung auch mehr beitragen, denn das ist sozial gerecht.



Eine Ausbildungsoffensive sorgt dafür, dass es in der **Pflege** ausreichend Personal gibt, das verbessert die Arbeitsbedingungen, nutzt den Patient:innen und entlastet die pflegenden Angehörigen – in aller Regel Frauen.



Gleichstellung ist im dritten Jahrtausend im reichen Europa eine Selbstverständlichkeit, für Diskriminierungen – egal aus welchen Gründen – ist kein Platz. Im besten Sozialstaat macht das Geschlecht keinen Unterschied, weder bei Jobchancen noch bei Einkommen.



Der **Arbeitsmarkt** ist ständigen Veränderungen unterworfen – Digitalisierung, Klimakrise stellen Betriebe wie auch Arbeitnehmer:innen vor große Herausforderungen. Vorausschauende Arbeitsmarktpolitik sorgt dafür, dass die Menschen mit den richtigen Fähigkeiten gerüstet sind, dass in anderen Ländern erworbene Qualifikationen anerkannt werden, dass die Betriebe ihren Beitrag dazu leisten und dass das AMS die dafür nötigen Ressourcen hat.



Wenn all das erfüllt ist, steht der Beseitigung von **Armut** nichts mehr im Wege. In einem reichen Land wie Österreich sorgt die Politik auf allen Ebenen dafür, dass es Armut nicht gibt.



Der beste Sozialstaat sorgt für **gute Arbeit** – für die Arbeitnehmer:innen und für die Betriebe. Das bedeutet: gesunde Arbeitsplätze, die man bis zur Pension durchhält, Arbeitszeiten, die nicht krank machen und die ein Leben abseits der Arbeit ermöglichen, Weiterbildung in Richtung neuer technologischer Entwicklungen, Jobchancen für prekäre Gruppen und Mitbestimmung in der Arbeitswelt.



Der beste Sozialstaat gibt den Menschen die Sicherheit, in Notlagen nicht abzustürzen, und er hilft dabei, wieder auf die eigenen Beine zu kommen. Die Reichen in unserem Land müssen dazu **gerechtere Beiträge** als derzeit leisten. Davon haben alle etwas.



Demokratie und Mitgestaltung der Bedingungen, unter denen wir leben und arbeiten sind der Kitt, der eine Gesellschaft zusammenhält. Wer hier lebt, arbeitet und Steuern zahlt, muss das Zusammenleben und Zusammenarbeiten mitgestalten können. Das betrifft das Wahlrecht bei allen Wahlen, den Zugang zur Staatsbürgerschaft mit allen damit verbundenen Rechten ebenso wie die Vertretung im Betrieb. In der Arbeiterkammer ist Demokratie selbstverständlich, alle AK-Mitglieder können die AK-Parlamente wählen – egal, welchen Pass sie haben.



Die Arbeiterkammer steht für eine solidarische Gesellschaft, **für den besten Sozialstaat für alle**, die hier leben. In unserer Rolle als größte Interessensvertretung des Landes und als verantwortungsvolle Sozialpartnerin sind wir jederzeit bereit, an den nötigen Verbesserungen mitzuwirken.

RENATE ANDERL
Präsidentin der AK Wien

VERTEILUNG

„Ich habe nichts getan für dieses Erbe. Das ist pures Glück im Geburtslotto und reiner Zufall.“

MILLIONENERBIN MARLENE ENGELHORN, INTERVIEW IN „DER STANDARD“ VOM 23.5.2021

Vermögen ist in Österreich sehr ungleich verteilt: Die reichsten fünf Prozent der Österreicher:innen besitzen weit mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens. Zugleich kann die Hälfte der österreichischen Haushalte auf kein finanzielles Polster zurückgreifen. Die Teuerungskrise macht zusätzlich vielen Menschen zu schaffen und verschärft die Vermögensungleichheit weiter.

ÖSTERREICH, DEIN REICHTUM LIEGT SCHIEF

Doch nicht nur die Vermögenskonzentration ist ein Problem, auch die Finanzierung des Staates ist ungleich verteilt: Derzeit tragen Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen knapp 80 Prozent zum Staatshaushalt bei. Aus vermögensbezogenen Steuern fließen aber gerade einmal 1,4 Prozent in das Steueraufkommen. Das ist im internationalen Vergleich gesehen sehr wenig. Darum ist es nur gerecht, wenn auch sehr Reiche endlich einen fairen Beitrag zum Sozialstaat leisten.

„Durch das Ungleichgewicht sind die Chancen, die wir in unserem Leben haben, völlig unterschiedlich. Wer kein Vermögen besitzt, kann sein Leben nur beschränkt planen und kontrollieren.“

THOMAS PIKETTY, INTERVIEW „DER STANDARD“, 15.3.2020

ERBSCHAFTSSTEUERN SIND EIN WICHTIGER SCHRITT

Das Vermögen so ungerecht verteilt ist, liegt auch an großen Erbschaften. Denn wer ohne den sprichwörtlichen goldenen Löffel im Mund geboren wird, hat es von Anfang an schwerer im Leben – unabhängig davon, wie viel man arbeitet. Erbschaftssteuern sind deshalb ein wichtiger Schritt, um die Gesellschaft gerechter zu machen.

Um aktuelle und zukünftige gesellschaftliche Herausforderungen zu meistern, müssen alle etwas beitragen – vor allem aber diejenigen, die es sich leisten können. Das Aufkommen aus einer Millionärssteuer kann zum Ausbau des Sozialstaates etwa im Bereich der Pflege, für Investitionen zur Bekämpfung der Klimakrise oder für Verbesserungen im Bildungswesen genutzt werden.

Im besten Sozialstaat der Welt tragen die Reichen mehr als bisher zur Finanzierung bei und alle Menschen haben die gleichen Zukunftschancen, unabhängig davon, in welche Familie sie geboren werden.

So geht's besser:

1 GERECHTE STEUERN

Vermögenssteuern auf hohe Vermögen: Sehr Reiche müssen einen fairen Beitrag leisten. Mehr als 95 Prozent der Bevölkerung sind von einer Vermögenssteuer nicht betroffen. Erbschafts- und Schenkungssteuer mit Freibeträgen. Der finanzielle Familienhintergrund darf nicht über die Lebenschancen der Kinder entscheiden.

2 STEUERLÜCKEN SCHLIESSEN

Würden alle Unternehmen ihre Steuern korrekt bezahlen, hätte der Staat jedes Jahr 12 bis 15 Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Das Wettrennen um die niedrigsten Steuern für Unternehmen muss aufhören.

3 STEUERHINTERZIEHUNG

Steuersümpfe trockenlegen und Maßnahmen gegen internationale Steuerhinterziehung: Über 1.000 Milliarden Euro gehen jährlich allein in der EU dadurch verloren.



12–15 Mrd.

Euro mehr hätte der Staat für Gesundheit, Bildung und Klimaschutz, würden Steuerlücken geschlossen

5 %

besitzen mehr als die Hälfte des Vermögens

80 %

tragen Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen zum Staatshaushalt bei

WEBSITES

AK Wohlstandsbericht: emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC16958585/1

AK Broschüre Vermögensverteilung: wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/verteilungsgerechtigkeit/Broschuere_Vermoegensverteilung.html



DEMOKRATIE

„Letztendlich geht es bei Demokratie darum, dass wir alle gleich sind, dass alle die gleichen Rechte haben. Und vor allem auch darum, dass wir uns alle im selben Ausmaß beteiligen können und wir die Lebensumstände, die wir haben, auch gemeinsam gestalten können.“

MARTINA ZANDONELLA, SORA INSTITUT, AK-DISKUSSION APRIL 2022

Demokratie lebt von Beteiligung und Gleichheit. Im Betrieb können alle Arbeitnehmer:innen ihren Betriebsrat wählen – oder sich selbst aufstellen. Auch bei der Arbeiterkammerwahl sind alle AK-Mitglieder wahlberechtigt. Jede Stimme zählt gleich viel. Bei anderen Wahlen wird es Menschen aber oft sehr schwer gemacht, sich politisch zu beteiligen. In ganz Österreich sind mehr als 1,4 Millionen Menschen im Wahlalter von Parlamentswahlen ausgeschlossen, weil sie eine andere Staatsbürgerschaft haben als die österreichische. In Wien darf jede:r Dritte über 16 Jahren nicht bei Gemeinderatswahlen mitbestimmen, obwohl viele von ihnen hier geboren sind. In manchen Berufen dürfen besonders wenig Kolleg:innen wählen: Österreichweit dürfen sieben von zehn Reinigungskräften, zwei Drittel der Pflegekräfte und die Hälfte der Beschäftigten in der Gastronomie bei Nationalratswahlen nicht teilnehmen. Ihre Anliegen bekommen so keine Stimme.

SOZIALSTAAT HEISST DEMOKRATIE

Im europäischen Vergleich ist es in Österreich besonders schwierig, die Staatsbürgerschaft zu bekommen. Das liegt vor allem an den langen, teuren Verfahren und an den Einkommenshürden, die für viele Arbeitnehmer:innen schlicht und einfach zu hoch sind. Das ist ungerecht, unfair und undemokratisch. Auch viele junge Menschen dürfen nicht wählen und können ihre Gegenwart und Zukunft nicht mitgestalten. Sie fühlen sich oft von der Politik nicht vertreten und wenden sich ab. Das schadet uns allen.

„Obwohl ich hier geboren und aufgewachsen bin, mich an die Regeln und Gesetze des Landes halte und hier in die Schule gehe, habe ich nicht dieselben Rechte wie meine Altersgenoss:innen. Das, was mich von den anderen unterscheidet, ist eine kleine Anmerkung auf Dokumenten und Zeugnissen: die österreichische Staatsbürgerschaft.“

BÜSRA Ö., SCHÜLERIN

Zweifel an der Demokratie und zu wenig Möglichkeiten zur Mitbestimmung hängen stark mit sozialer Ungleichheit zusammen: Menschen mit weniger Einkommen sind deutlich häufiger von Wahlen ausgeschlossen als Menschen mit hohem Einkommen. Sie nehmen auch seltener an der Wahl teil, weil sie glauben, mit ihrer Stimme nichts bewirken zu können. Das führt aber dazu, dass die Interessen von Menschen mit wenig Einkommen in unserer Demokratie deutlich schlechter vertreten werden.

OHNE BETRIEBSRAT – SCHLECHTERE BEDINGUNGEN

In Betrieben zeigt sich: je mehr Mitbestimmung, desto besser für alle. In Betrieben ohne Betriebsrat gibt es öfter schlechtere Arbeitsbedingungen und wenig Mitspracherecht für die Beschäftigten. Betriebliche Mitbestimmung stärkt die Demokratie, weil sie gerade jenen wirksame Beteiligung ermöglicht, die sonst nicht gehört werden und oft keine Stimme haben.

Im besten Sozialstaat der Welt haben alle Menschen, die hier leben und arbeiten, eine Stimme und können mitbestimmen und mitgestalten.

So geht's besser:

- 1 STAATSBÜRGERSCHAFT**
Faires Recht auf die österreichische Staatsbürgerschaft durch schnellere, einfachere und günstigere Verfahren sowie Sonderregel für Kinder, die hier geboren sind.
- 2 BETEILIGUNG DER JUNGEN**
Beteiligung von jungen Menschen an demokratie-politischen Prozessen stärken. Mitbestimmungsrechte an Schulen und Universitäten ausbauen und mehr politische Bildung in den Klassenzimmern.
- 3 MITBESTIMMUNG FÜR ALLE**
Die Mitbestimmung der Beschäftigten stärken: Unternehmen, die verhindern, dass ein Betriebsrat gegründet wird, sollen bestraft werden.



1,4 Mio.

Menschen in Österreich dürfen nicht an Landtags- und Nationalratswahlen teilnehmen

260.000

Menschen sind in Österreich geboren, leben und arbeiten hier, haben aber keinen österreichischen Pass

WEBSITES

SORA Studie: arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitundsoziales/arbeitsmarkt/SORA_Studie_2022..pdf

Mitbestimmung in AT 2022: emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC16810783



BILDUNG

„Viele Familien haben Sorgen, wie sie Nachmittagsbetreuung, Schulmaterialien und Projektwochen finanzieren sollen. Dazu kommen weitere Kosten für Nachhilfe oder Logopädie. Mit der Teuerung hat sich das verschärft. Viele Eltern können sich das nicht mehr leisten. Das hat aber massive Auswirkungen auf die Chancengleichheit.“

VERENA PRASEK, SCHULSOZIALARBEITERIN, AK-DISKUSSION SEPTEMBER 2022

Bildung in Österreich ist vererbt: Haben die Eltern einen Universitätsabschluss, ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass auch die Kinder Matura oder einen Studienabschluss haben. Wenn die Eltern jedoch lediglich eine Pflichtschule abgeschlossen haben, ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Kinder später eine Universität besuchen, sehr gering. Darum gibt es an den Universitäten deutlich weniger Studierende aus Arbeiter:innenfamilien, als aus Akademiker:innenfamilien. In Österreich ist der soziale Aufstieg im Vergleich zu anderen EU-Ländern besonders schwer, da das Schulsystem bei uns nicht gerecht ist.

Der Bildungsweg der Kinder hängt nicht von ihren Fähigkeiten und Interessen ab, sondern von der Bildung, der Zeit, der Herkunft und dem Geld der Eltern.

BESSERE SCHULEN, BESSERE CHANCEN

Kinderbildung beginnt nicht erst mit der Schule, sondern schon im Kleinkindalter. Qualitätsvolle Kinderbetreuungs- und Kinderbildungseinrichtungen kosten oft viel Geld und sind gerade in ländlichen Regionen nur eingeschränkt verfügbar und nicht ganztägig geöffnet. Die Rahmenbedingungen in den Einrichtungen sind oft so schlecht, dass sie nicht jedem Kind faire Bildungschancen ermöglichen.

VIELE HERAUSFORDERUNGEN FÜR ELTERN

All das stellt viele Eltern – vor allem die Mütter – vor große, auch finanzielle, Probleme. Aber auch der spätere Schulbesuch kostet Geld: Nachhilfestunden, Musik-, Sport- und Sprachkurse sind teuer und für viele Eltern nicht leistbar. Hinzu kommt, dass unser Bildungssystem auch Pädagog:innen und Lehrer:innen vor große Herausforderungen stellt.

„Ich arbeite 30 Stunden in einem Supermarkt und bemühe mich jeden Tag, mit meinem Sohn zu lernen und die Hausübungen zu machen. Aber jetzt ist er ins Gymnasium gekommen, da kann ich nicht mehr Schritt halten, und Nachhilfe kann ich mir nicht leisten.“

P., EINZELHANDELSKAUFFRAU

Im besten Sozialstaat der Welt ist Schule nicht von den finanziellen Möglichkeiten und den Ressourcen der Eltern abhängig, sondern ein guter Ort für Kinder, Jugendliche, Lehrer:innen und Eltern – ein Ort, an den man gerne hingeht und wo man eine gute Lernumgebung bzw. einen guten Arbeitsplatz und gute Arbeitsbedingungen hat.

So geht's besser:

- 1 MEHR GELD**
Für die Elementarpädagogik – mindestens eine Milliarde mehr pro Jahr für qualitätsvolle, ganztägige und kostenfreie Elementarbildungseinrichtungen.
- 2 GANZTÄGIGE BILDUNG**
Ganztagschulen und ganztägige Schulen ausreichend finanzieren und ausbauen – damit Grundkompetenzen in der Schule gelernt und Stärken gefördert werden können.
- 3 FREIER HOCHSCHULZUGANG**
- 4 SCHULENTWICKLUNG**
Treffsicher investieren und Schulentwicklung ermöglichen, Schulfinanzierung nach dem AK Chancenindex: Schulen bekommen umso mehr Mittel, je mehr Schüler:innen mit höherem Unterstützungsbedarf sie haben.



121,6 Mio.

Euro werden für private
Nachhilfe ausgegeben

78 %

Anteil der Kinder, die mit
den Eltern zu Hause für die
Schule lernen

WEBSITES

AK Chancenindex: arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitundsoziales/bildung/AK-Chancen-Index/index.html

Fünf Bildungsmythen: awblog.at/fuenf-schaedliche-bildungsmythen



GESUNDHEIT

„Alle Menschen müssen eine gute öffentliche Versorgung haben, darum Hände weg von der Privatisierung des Gesundheitssystems!“

ANDREAS HUSS, ÖGK-OBMANN, AK-DISKUSSION APRIL 2022

In Österreich haben wir eines der besten Gesundheitssysteme der Welt? Im Vergleich mit anderen Ländern stimmt das – denken Sie nur an die USA, wo Patient:innen schon am Eingang vom Spital die Kreditkarte vorweisen müssen. Aber diese Vergleiche bringen uns nicht weiter. Denn unser Gesundheitssystem steckt in einer Krise: Es gibt zu wenig Kassenärzt:innen und in den Spitälern fehlt das Personal.

KRANKE KASSE? SO RETTEN WIR DIE GESUNDHEITSVERSORGUNG!

Während Privatversicherungen hohe Gewinne machen, hat die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) zu wenig Geld. Das liegt auch daran, dass sie seit 2017 mehr Geld für Privatspitäler zur Verfügung stellen muss – das hat die ÖVP-FPÖ Regierung damals so beschlossen. Auch die sogenannte Kassenreform 2020 hat die Situation verschlechtert. Jetzt bestimmen die Arbeitgeber in der ÖGK, wohin das Geld geht, obwohl die Arbeitnehmer:innen die Beiträge einzahlen.

ZU WENIGE KASSENÄRZT:INNEN

Ein großes Problem ist, dass es österreichweit zu wenig Kassenärzt:innen gibt. Die Bevölkerung wächst – bis 2040 auf 10 Millionen, die Kassenarztstellen werden immer weniger. Patient:innen müssen darum lange auf wichtige Untersuchungen warten. Ganz besonders schlimm ist die Situation bei Gynäkolog:innen und Kinderärzt:innen. Zugleich steigt die Zahl der Wahlärzt:innen weiter an. Aber wer Wahlärzt:innen aufsucht, muss dafür zahlen und viele Menschen können sich das nicht leisten. Wir müssen wieder weg von der Zwei-Klassen-Medizin.

„Ich bin umgezogen und muss mir einen neuen praktischen Arzt suchen. Aber bei mir im Bezirk finde ich niemanden, der noch neue Patientinnen aufnimmt.“

SANJA B., VERKÄUFERIN

Eine Möglichkeit um die Situation für Patient:innen zu verbessern, sind Erstversorgungseinheiten. Dort werden ärztliche Leistungen, Wunderversorgung und Therapien angeboten. Neben Ärzt:innen arbeiten hier auch diplomierte Gesundheits- und Krankenpfleger:innen oder Physiotherapeut:innen. Der Ausbau ist aber leider viel zu langsam. Wir brauchen die flächendeckende Einbeziehung der anderen Gesundheitsberufe besonders bei chronischen Erkrankungen wie Diabetes. Unser Gesundheitssystem ist auch stark auf Reparaturmedizin ausgerichtet und nicht auf die Vorbeugung von Krankheiten. Mehr Geld für die Gesundheitsvorsorge hilft, Krankheiten zu vermeiden oder früh zu erkennen.

Im besten Sozialstaat der Welt gibt es ein Gesundheitssystem, in dem alle Menschen die beste Versorgung erhalten – und zwar unabhängig von ihrem Geldbeutel.

So geht's besser:

1 MEHR KASSENÄRZT:INNEN

Ausbau von Erstversorgungszentren, Einbeziehung der anderen Gesundheitsberufe.

2 KASSENREFORM

Die Kassenreform muss rückgängig gemacht werden – die Arbeitnehmer:innen sollen wieder selbst darüber entscheiden können, wofür ihre Beiträge verwendet werden.

3 MEHR PRÄVENTION

Mehr gesundheitliche Vorsorge am Arbeitsplatz.



17.000

über 17.000 Ärzt:innen werden in den kommenden 12 Jahren in Pension gehen

8.300

das ist seit 10 Jahren die Anzahl der Kassenärzt:innen – viel zu wenige

7,5 Mio.

Menschen sind bei der ÖGK versichert

WEBSITES

Prävention statt Reparaturmedizin: awblog.at/praevention-statt-reparaturmedizin

Fehlzeitenreport: sozialversicherung.at/cdscontent/?contentid=10007.846173&portal=svportal

Jahresbericht SV: sozialversicherung.at/cdscontent/?contentid=10007.845560&portal=svportal



PFLEGE

„Die Menschen, die sich um unsere Bewohnerinnen und Bewohner bzw. Klientinnen und Klienten kümmern, sind am Limit.“

ANDREA KAPOUNEK, GESCHÄFTSFÜHRERIN HAUS DER BARMHERZIGKEIT, AK-DISKUSSION JULI 2022

Wir werden immer älter – das ist an sich eine gute Nachricht. Unsere gesunden Lebensjahre werden aber weniger. Das führt dazu, dass der Bedarf an Pflegekräften neben der demografischen Entwicklung noch weiter ansteigen wird. Schon jetzt gibt es lange Wartezeiten für mobile Dienste zu Hause, und Betten in Pflegeheimen und Krankenhäusern sind wegen zu wenig Personal gesperrt. Immer mehr Berufsangehörige steigen aus dem Pflegeberuf aus – bis 2030 fehlen rund 75.000 Arbeitskräfte im Pflegebereich. Das liegt an den schlechten Arbeitsbedingungen und daran, dass die politisch Verantwortlichen sich weigern, endlich etwas dagegen zu unternehmen.

HER MIT VERBESSERUNGEN IN DER PFLEGE!

WhatsApp-Gruppen, in denen gefragt wird: „Kannst du einspringen?“ sind im Pflegebereich an der Tagesordnung. Die Beschäftigten in den Pflegeberufen brauchen daher am dringendsten mehr Kolleg:innen. Nur mit mehr Pflegekräften gibt es verlässliche Dienstpläne statt des ständigen Einspringens, eine bessere Arbeitsaufteilung und mehr Zeit für die Bedürfnisse von Pflegebedürftigen.

IMMER GRÖßERER PERSONALMANGEL

Die Aufgaben in den Gesundheits- und Pflegeberufen werden immer mehr, der Personalmangel immer größer. Daher fehlt die Zeit für den Kontakt zu den Patientinnen und Patienten oder den Austausch im Team. Wir werden aber künftig noch sehr viel mehr Personal

brauchen. Wir werden allerdings keines finden, wenn sich die Arbeitsbedingungen nicht grundlegend verbessern. Pflege ist kein Industriebetrieb, die Pflege von Menschen funktioniert nicht auf Knopfdruck und kann nicht mit einer Stoppuhr gemessen werden. Der enorme Stress hat Folgen: Knapp zwei Drittel der Menschen, die in Pflegeberufen arbeiten, können sich nicht vorstellen, den Job bis zur Pension durchzuhalten.

„Ich würde nie wieder diesen Job wählen, obwohl ich gerne Pfleger bin.“

TEKIN M., PFLEGEASSISTENT IM KRANKENHAUS

HOHE BEREITSCHAFT ZU KÜNDIGEN

Rund 45 Prozent denken mindestens ein Mal pro Woche daran, aus ihrem Beruf auszusteigen. Die ständige Überlastung führt auch zu psychischen Erkrankungen wie Depressionen. Junge Menschen brauchen planbare Arbeitszeiten, gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ordentliche Einstiegsgehälter und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten.

Älteren Beschäftigten muss man ein Umfeld bieten, das sie länger und gesund im Beruf hält. Aber wenn all das fehlt, werden Ältere nicht bis zur Pension bleiben und Jüngere erst gar nicht anfangen. Die wirksame Therapie liegt auf der Hand: bessere Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmer:innen.

Im besten Sozialstaat der Welt haben die Menschen, die uns, unsere Eltern und Großeltern pflegen, die besten Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung.

So geht's besser:

- 1 ARBEITSBEDINGUNGEN**
Bessere Arbeitsbedingungen, z.B. durch Arbeitszeitverkürzung und mehr Urlaub sowie mehr Geld und mehr Personal.
- 2 LANGZEITPFLEGE**
Ausbau der Langzeitpflege.
- 3 ABSICHERUNG**
Gute finanzielle Absicherung für alle, die eine Aus- und Weiterbildung im Pflegebereich machen.



75.000

so viele Pflegekräfte werden bis 2030 zusätzlich gebraucht

308.000

Menschen werden zu Hause von ihren Angehörigen betreut

2/3

der Menschen, die in Pflegeberufen arbeiten, können sich nicht vorstellen, den Job bis zur Pension durchzuhalten

WEBSITES

Psychische Gesundheit: wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/gesundheits_und_pflege/gesundheitsberufe/Psychische_Gesundheit_im_Gesundheitswesen.html#heading_Ergebnisse_der_Umfrage__Ich_glaub___ich_krieg__die_Krise_

Pflege.Personal.Qualität: goeg.at/PPQ

Gesundheitsberufe: awblog.at/wo-in-gesundheitsberufen-der-schuh-drueckt



GLEICHSTELLUNG

„Die Schlüsselfrage bei der Gleichstellung ist die Kindererziehung. Hier und bei der Pflege müssen wir Halbe-Halbe bekommen.“

ERICH LEHNER, VORSTAND DES DACHVERBANDS DER MÄNNERARBEIT IN ÖSTERREICH, AK-DISKUSSION APRIL 2023

Zwei Drittel der unbezahlten Versorgungsarbeit, die zu Hause geleistet wird, übernehmen Frauen: Sie betreuen Kinder, pflegen Angehörige, stellen den Alltagsablauf durch Hausarbeit sicher und leisten damit einen unschätzbaren Beitrag zum Funktionieren der Gesellschaft. Diese ungleiche Verteilung der Haus-, Betreuungs- und Sorgertätigkeiten ist auch mit ein Grund für die gravierenden Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen.

FRAUEN #FAIRDIENEN MEHR

In Österreich ist der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern mit fast 19 Prozent (2023) im EU-Vergleich sehr hoch. Ursachen dafür sind längere Erwerbsunterbrechungen und Teilzeitphasen aufgrund von Sorgeaufgaben, aber auch die schlechtere Bezahlung in vielen frauendominierten Branchen.

Dazu ein Beispiel: Der durchschnittliche Bruttostundenlohn in Betreuungsberufen macht weniger als 14 Euro aus, während Techniker:innen mehr als 20 Euro pro Stunde verdienen.

PENSIONSRLÜCKE BEI FRAUEN

Ungleiche Bezahlung von gleichwertiger Arbeit bei Frauen und Männern und die mangelnde Lohntransparenz verschärfen dieses Problem noch zusätzlich. Das führt in Folge zu einer geschlechtsspezifischen

Pensionslücke: Frauenpensionen sind um rund 42 Prozent niedriger als die von Männern (2021). Es fehlt an betrieblichen Maßnahmen für altersgerechte Arbeitsbedingungen sowie arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für ältere Arbeitnehmerinnen. Altersarmut und Armutsgefährdung von Frauen sind die Folge und sehr weit verbreitet.

„Nach der Karenz wollte ich gerne wieder Vollzeit arbeiten gehen, aber dort wo ich wohne, gibt es keine ganztägige Kinderbetreuung für meine Tochter.“

REGINA B.

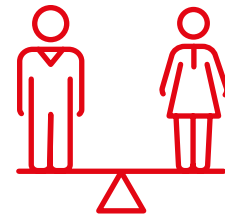
CARE-ARBEIT GERECHT VERTEILEN

Eine gerechtere Verteilung von Care-Arbeit ist die Voraussetzung für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Um Eltern, insbesondere Müttern, echte Wahlfreiheit zu geben, muss es ganztägige und kostenlose Kinderbildungseinrichtungen in ganz Österreich geben. Und auch Väter müssen mehr Verantwortung übernehmen, in Karenz gehen und sich partnerschaftlich an der Care-Arbeit beteiligen.

Im besten Sozialstaat der Welt gibt es keinen Gender Pay Gap mehr und Care-Arbeit ist gerecht verteilt. Qualitativ hochwertige Kinderbildungs- und Pflegeeinrichtungen sind überall verfügbar, ganztägig geöffnet und kostenlos – denn im besten Sozialstaat der Welt haben Eltern und insbesondere Frauen echte Wahlfreiheit.

So geht's besser:

- 1 AUSBAU KINDERBETREUUNG**
Eine Milliarde Euro mehr pro Jahr für den Ausbau von Kinderbildung- und -betreuung, Ausweitung der Öffnungszeiten, mehr Plätze in ganz Österreich. Rechtsanspruch auf einen Kinderbildungsplatz ab dem ersten Geburtstag des Kindes.
- 2 LÖHNE & ARBEITSZEIT**
Faire Löhne besonders in den frauendominierten, systemrelevanten Branchen und eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.
- 3 EINKOMMENSGERECHTIGKEIT**
Echte Lohntransparenz und Verbesserung der Einkommensgerechtigkeit durch eine rasche und vollständige Umsetzung der EU-Richtlinie zur Lohntransparenz.



18,8 %

Gender Pay Gap in Österreich
(EU-27: 12,7 Prozent)

18 %

Anzahl der Männer,
die in Karenz gehen

42 %

sind Frauenpensionen niedriger
als die von Männern (2021)

WEBSITES

Care-Krise beenden: wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/frauen/Care-Krise_beenden.html

Kinderbetreuung: wien.arbeiterkammer.at/service/presse/Kinderbetreuung-Wo-sind-die-Loesungen-.html

SORA AK Arbeitsbedingungen: arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitundsoziales/arbeitsmarkt/AK_Studie_Arbeitsbedingungen_in_systemrelevanten_Berufen.pdf



WOHNEN

„Das Problem ist: Der private Markt baut nicht fürs Wohnen, sondern fürs Anlegen. Wir brauchen nicht mehr Wohnungen, wir brauchen die richtigen, die leistbaren. Wer unbedingt Geld anlegen will, soll Pelze oder Kunst kaufen, nicht Wohnraum. Dafür muss die Politik Regeln schaffen.“

THOMAS RITT, LEITER DER ABTEILUNG KOMMUNALPOLITIK UND WOHNEN, AK WIEN, AK DISKUSSION MÄRZ 2023

Die Wohnkosten explodieren seit Jahren, die Politik tut viel zu wenig, um leistbares Wohnen zu ermöglichen. Zuletzt hat die Bundesregierung eine Mietenbremse beschlossen, die über der erwarteten Inflation liegt – das hilft niemandem. Mieter:innen werden abgezockt, während Immobilienfirmen seit Jahren hohe Gewinne machen. Eine Befragung der Statistik Austria hat vor kurzem gezeigt: 22 Prozent der Menschen in Österreich werden durch ihre Wohnkosten mittlerweile schwer belastet.

Der Staat hätte es in der Hand, leistbaren Wohnraum zu schaffen. Die öffentliche Hand hat viele Grundstücke im ganzen Land, beispielsweise Flächen der ÖBB, des Bundesheeres oder der Bundesforste. Diese werden zu horrenden Preisen verkauft, dort werden teure Wohnungen errichtet, die sich niemand leisten kann. Eine einfache bundesgesetzliche Regelung könnte dem einen Riegel vorschieben: Wenn der Bund Flächen verkauft, dann nur für geförderten, gemeinnützigen Wohnbau.

WOHNEN IST GRUNDRECHT, NICHT LUXUS

FLÄCHENMANGEL

Ein weiteres Problem ist, dass es zu wenig Flächen gibt, auf denen man günstig bauen kann. Denn die Bodenpreise werden immer unerschwinglicher und verhindern so leistbaren Wohnbau. Eine AK Studie zeigt: Es wird zunehmend fürs Anlegen gebaut, nicht fürs Wohnen.

Junge Familien und nicht so gutverdienende Menschen haben zunehmend Probleme, sich ein Dach über dem Kopf leisten zu können. Vor allem in Wien stehen wir vor folgender Situation: Obwohl es ein Überangebot an Wohnungen gibt, steigen die Preise am privaten Wohnungsmarkt extrem. Der Grund: Spekulanten und vermehrt auch internationale Immobilienfonds haben in den letzten Jahren den Markt leergeräumt.

„Ich habe innerhalb von nicht einmal zwei Jahren die dritte Mieterhöhung, das geht sich auf Dauer nicht aus. Wir schränken uns eh schon bei allem ein, oft frage mich: Soll ich was kochen oder einfach Käsebröte machen?“

VICTORIA SCH.

LEERSTAND ALS PROBLEM

Ein großes Problem im Bereich Wohnen ist der Leerstand, dazu gibt es nicht einmal Erhebungen. Nur neue Wohnungen zu bauen ist nicht die Lösung, es muss der Leerstand genutzt werden, das ist auch zum Erreichen der Klimaziele essenziell. Wenn es in einer wachsenden Stadt kein Angebot an leistbarem Wohnraum gibt, werden mehr Menschen pendeln müssen, das ist auch nicht gut fürs Klima.

Im besten Sozialstaat der Welt ist Wohnen kein Luxus, sondern für alle leistbar, und die Politik sorgt dafür.

So geht's besser:

- 1 MIETERHÖHUNG & BEFRISTUNG**
Maximal zwei Prozent Mieterhöhung pro Jahr in allen Wohnkategorien. Reform des Mietrechts dauert zu lange – was gleich geht: Befristungen abschaffen.
- 2 LEERSTAND**
Wirksame bundesgesetzliche Leerstandsabgabe und Kurzzeitvermietungen einschränken.
- 3 GEFÖRDERTER WOHNBAU**
Bundesgrundstücke für den geförderten Wohnbau.



22 %

der Menschen in Österreich werden durch ihre Wohnkosten mittlerweile schwer belastet

800 Mio.

Euro – so viel zahlen Mieter:innen bei unregelmäßigem Privatmieten, Richtwert- und Kategoriemieten 2022 und 2023 mehr

WEBSITES

Wohnen für die Vielen: emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC13073662_2023_1

Wohnbauboom Wien: emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC13073662_2022_3/10



PENSIONEN

„Das Pensionssystem in Österreich bietet gute Pensionen, auch für heute Junge. Das bestätigt auch der Rechnungshof. Seit 1970 betragen die Bundesmittel in der Pensionsversicherung rund drei Prozentpunkte der Wirtschaftsleistung (BIP). Dieses gute Pensionssystem müssen wir auch für künftige Generationen weiter entwickeln und absichern.“

WOLFGANG PANHÖLZL, LEITER ABTEILUNG SOZIALVERSICHERUNG DER AK WIEN, OKTOBER 2023

Das gesetzliche Pensionssystem sichert gute Pensionen, auch den heute jungen Menschen. Unser System wird in vielen Ländern gelobt – nur in Österreich nicht. Neoliberale Experten reden unsere Alterssicherung krank, Medien schreiben eine „Pensionslücke“ herbei, so manche Studien fordern weitere große Pensionsreformen. Dabei hat es schon längst umfassende Reformen gegeben und es gibt laufend Anpassungen, die unser System auf den demografischen Wandel vorbereiten. Und die sogenannte Pensionslücke – also das, was der Staat angeblich zuschießen muss, weil zu wenig reinkommt, ist ein Märchen. Das Pensionssystem in Österreich ist auf drei Säulen aufgebaut: Beiträge der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer:innen und des Bundes.

GESUNDE ARBEIT – SICHERE PENSION

Beste Garant für gute Pensionen sind gute Ausbildungen, gute Arbeitsbedingungen und gute Einkommen. Daran hapert es allerdings. Einerseits können sich immer weniger Arbeitnehmer:innen vorstellen, ihre aktuellen Jobs bis zur Pension auszuüben. Andererseits sind viele Frauen in Teilzeitfallen gefangen – wegen fehlender Kinderbetreuungsangebote mit kleinen Einkommen und daher kleinen Pensionen.

BEREITS DIE AUSBILDUNG IST ENTSCHEIDEND

Die Pension errechnet sich aus dem Einkommen im Laufe des gesamten Arbeitslebens – jeder Euro auf dem Pensionskonto zählt. Durchgehende Beschäftigungen mit guten Einkommen bringen auch gute Pensionen. Entscheidend ist bereits, dass alle eine Chance auf eine gute Ausbildung haben. Besonders betroffen sind Menschen, die viele Jahre prekär beschäftigt sind,

ihre Berufstätigkeit lange unterbrechen oder in Teilzeit arbeiten. Das sind vor allem Frauen mit kleinen Kindern, die keine Kinderbetreuung zur Verfügung haben; oder junge Menschen, die eine lange Ausbildung gemacht haben und dann jahrelang zu Dumpinglöhnen als „Praktikant:innen“ arbeiten müssen; außerdem Menschen, die oft und lange arbeitslos sind – etwa Leiharbeiter:innen, Saisonarbeiter:innen und Beschäftigte in Branchen, die ihre Mitarbeiter:innen häufig beim AMS „zwischenparken“.

Betroffen sind auch ältere Arbeitnehmer:innen, die ihre Arbeit verlieren und kaum mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, oder Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen, die deshalb keine Chancen auf einen neuen Arbeitsplatz erhalten. Wir wissen, dass nur zwei Drittel der Frauen direkt aus einer Beschäftigung in die Alterspension gehen. Betroffen sind auch Beschäftigte, die von den Arbeitgeber:innen nicht oder zu niedrig angemeldet werden – oft ohne zu wissen, dass der Arbeitgeber dafür keine Pensionsbeiträge zahlt und ihre spätere Pension entsprechend niedriger sein wird.

ALTERSARMUT ENTSTEHT IM ERWERBSLEBEN

2023 ist der Equal Pension Day in Österreich auf den 4. August gefallen. Das ist jener Tag, an dem Männer bereits so viel Pension erhalten haben, wie Frauen erst bis Ende des Jahres erhalten werden. Bei den Pensionen werden die vielfältigen Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt besonders stark ersichtlich, denn der Gender-Pension-Gap ist das Resultat der Geschlechterdifferenz aus dem Erwerbsleben. Laut Statistik Austria sind 18 Prozent der Frauen in Österreich ab 65 Jahren armutsgefährdet – bei Männern sind es zwölf Prozent.

Im besten Sozialstaat haben alle gesunde Arbeitsplätze und Pensionen, von denen sie gut leben können.

So geht's besser:

- 1 ARBEIT**
Gute Ausbildungen und gesunde Arbeitsplätze und Arbeit, von der man auch leben kann.
- 2 VOLLZEIT ERMÖGLICHEN**
Flächendeckende Kinderbetreuung, auch für die Kleinsten, damit v.a. Frauen Vollzeit arbeiten können.
- 3 PENSION & REHA**
Vorzeitige Alterspension für bestimmte Berufsgruppen und mehr Mittel für Prävention/Rehabilitation.



4.8.2023

an diesem Tag ist Equal Pension Day: Männer haben dann soviel Pension wie Frauen bis Jahresende

76.000

Menschen über 50
suchen Arbeit

50.000

Arbeitssuchende haben
gesundheitliche Einschränkungen

WEBSITES

Sozialstaat im Überblick: sozialleistungen.at/c/SL3308199/Pensionen

Österr. Pensionen: awblog.at/pensions-schwarzmalen-durch-eu-projektionen-widerlegt

Altersvorsorge: boeckler.de/de/boeckler-impuls-mehr-rente-ohne-privatisierung-36211.htm



KLIMA

„Die Klimakrise ist nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Frage unserer Zeit. Jene, die am wenigsten zur Krise beitragen und die am wenigsten verdienen, wird es am härtesten treffen, die Reichsten werden sich das richten können.“

LENA SCHILLING, FRIDAYS FOR FUTURE, AK-HAUPTVERSAMMLUNG MAI 2023

Es wird immer heißer auf unserem Planeten. Die Erderhitzung führt dazu, dass extreme Wetterereignisse wie Dürren, Waldbrände, Überflutungen und Stürme immer mehr und immer stärker werden – auch in Österreich. Die Klimakrise hat Auswirkungen auf uns und unser Leben, das merken wir jeden Tag. Die Politik in der EU und in Österreich unternimmt viel zu wenig, um die Klimakrise zu bekämpfen. Und sie lässt die soziale Frage außer Acht.

SO MUSS KLIMAZUKUNFT

Im Sommer sind Temperaturen von über 30 Grad im Schatten keine Seltenheit mehr. Nicht alle Arbeitnehmer:innen arbeiten in klimatisierten Büros, viele sind direkt der Sonne ausgesetzt. Hitzefrei bekommen die Arbeitnehmer:innen aber nicht, denn es gibt keine gesetzliche Grundlage dafür, den Arbeitsplatz zu verlassen, wenn die sommerliche Temperaturen zu hoch sind. Arbeiten bei Hitze ist aber für den Körper gefährlich, die Arbeitsqualität leidet und das Unfallrisiko steigt. Heiße Sommer werden Realität sein: Das zeigt, dass eine Arbeitszeitverkürzung auf eine neue gesunde Vollzeit besonders notwendig sein wird.

KLIMAKRISE ALS SOZIALE KRISE

Die Klimakrise ist auch eine soziale Frage. Denn die Auswirkungen der Klimakrise bekommt die ärmere Bevölkerung viel stärker zu spüren als Reiche und das, obwohl Reiche wesentlich mehr zur Krise beitragen.

Während die Emissionen der großen Mehrheit der Bevölkerung sinken, steigen die Emissionen des obersten einen Prozents sogar rasant an – ihr Verbrauch ist über 20-mal so hoch wie jener in der ärmeren Hälfte der Bevölkerung.

„Es war der heißeste Sommer, den ich arbeitsmäßig je erlebt habe. Wir haben nach sechs bis sieben Stunden hitzefrei bekommen. Das ist aber nicht überall so, denn das darf der Arbeitgeber entscheiden. Da braucht es eine gesetzliche Regelung für alle.“

ANDREAS F., BAUARBEITER

Um die Klimakrise einzudämmen, führt kein Weg an Vermögens- und Erbschaftssteuern vorbei: Einerseits, weil Reiche hohe und weiterhin ansteigende Emissionen verursachen, andererseits weil sie ihr Geld auch einsetzen, um effektive Klimapolitik auszubremsen.

Im besten Sozialstaat ist Klimapolitik sozial gerecht gestaltet und Reiche leisten einen gerechten Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise.

So geht's besser:

1 WIRTSCHAFT

Sozialer und ökologischer Umbau der Gesamtwirtschaft. Demokratie in der Klimapolitik auf allen Ebenen: Die arbeitenden Menschen müssen mitbestimmen können, nicht (nur) über ihr Kaufverhalten, sondern auch im Betrieb.

2 STEUERN

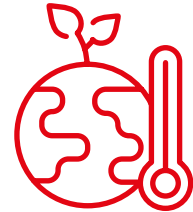
Vermögens- und Erbschaftssteuern, Politik gegen Überkonsum und gerechte Finanzierung des Umbaus.

3 KLIMAFIT

Zusätzliche Gemeindemittel, damit Städte und Gemeinden schneller klimafit werden. Klimafittes Arbeitsrecht und Arbeitnehmer:innenschutz und eine neue gesunde Vollzeit.

4 AUFWERTUNG

Aufwertung der emissionsarmen Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Pflege, Gesundheit und Bildung, in denen mehrheitlich Frauen beschäftigt sind.



50 %

Weltweit sind die reichsten 10 Prozent für über 50 Prozent der CO₂ Emissionen verantwortlich

231

Anzahl der Hitzetoten in Österreich im Jahr 2022

WEBSITES

Vergabewesen: emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC16874707

Fit for 55: emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC16879150

Lernen für den Wandel: emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC16941673



ARBEITSMARKT

„Wenn wir in Menschen investieren wollen, dann werden wir dafür auch die entsprechenden budgetären Mittel brauchen.“

PETRA DRAXL, AMS VORSTÄNDIN, AK-DISKUSSION JUNI 2023

Wir erleben derzeit einige Widersprüche, wenn es um Arbeitsmarktpolitik geht: Auf der einen Seite gibt es die Unternehmer, die sehr lautstark beklagen, keine Arbeitskräfte zu finden. Auf der anderen Seite stellen wir fest, dass es für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen, Ältere, Frauen mit kleinen Kindern oder für Migrantinnen und Migranten immer schwieriger wird, einen guten Job zu finden. Gleichzeitig nimmt auch die Aus- und Weiterbildungsbereitschaft der Unternehmen stark ab – aber wer Fachkräfte braucht, muss sie auch ausbilden.

ARBEITSMARKT IM WANDEL – ZEIT FÜR EINEN KURSWECHSEL

Um einen guten Blick auf den österreichischen Arbeitsmarkt im europäischen Vergleich zu bekommen, erstellt das Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) im Auftrag der AK Wien jährlich ein EU-weites Arbeitsmarktbeobachtungssystem (den „Arbeitsmarktmonitor“).

Dieser zeigt deutlich, dass in Österreich großer Handlungsbedarf bei der Beschäftigung von Frauen besteht. In Österreich arbeiten Frauen im europäischen Vergleich deutlich häufiger wegen Betreuungspflichten in Teilzeit. Die Quote der unter 3-Jährigen-Betreuung ist sehr niedrig (Rang 18!) und der Gender Pay Gap ist mit fast 19 Prozent der zweithöchste in der EU.

„Ich würde mich gerne mehr den Anliegen meiner Kund:innen widmen, als mich dauernd mit den mehr-anfallenden administrativen Tätigkeiten und dem ständigen Zeitdruck herumzuschlagen. Ich fühle mich manchmal gehetzt und starkem Druck ausgesetzt.“

AMS-BERATER

Arbeitgeber, die Personal suchen, sollten auch jenen Menschen eine Chance geben, die vielleicht nicht sofort perfekt ins Jobprofil passen. Und es sind arbeitsmarktpolitische Maßnahmen notwendig: Wer eine Aus- oder Weiterbildung macht, muss finanziell abgesichert sein. Für Migrantinnen und Migranten muss es einfacher werden, dass ihre mitgebrachten Kompetenzen anerkannt werden – hier bleibt im Moment viel zu viel Potenzial liegen, das wir dringend brauchen. Um Menschen, die es schwer haben, im Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, gezielt und dauerhaft zu vermitteln, muss das AMS auch das dafür notwendige Geld und Personal bekommen – der geplante Personalabbau muss gestoppt werden.

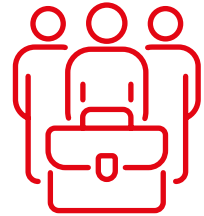
BERATUNG, VERMITTLUNG, UNTERSTÜTZUNG

Dabei geht es auch um gute Beratung und sinnvolle Vermittlung und Unterstützung. Der derzeitige Rahmen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes muss dringend weiterentwickelt werden. Verbesserte Existenzsicherung, Vermittlung in gute Beschäftigung und Mitbestimmung bei der Qualifizierung sind dabei zentrale Punkte.

Im besten Sozialstaat sorgt Arbeitsmarktpolitik für die nötigen Qualifikationen für Arbeitssuchende und unterstützt Menschen mit besonderem Bedarf.

So geht's besser:

- 1 AMS AUSBAU**
Mehr Geld und mehr Personal für das AMS.
- 2 QUALIFIKATIONEN**
Ein Recht auf Um- und Weiterqualifizierungen, damit Arbeitnehmer:innen benötigte und zukunftsfähige Fachtätigkeiten/Facharbeit ausüben können.
Erleichterung bei der Anerkennung von Qualifikationen, die in anderen Ländern erworben wurden.
- 3 BESSERE VERMITTLUNG**
Qualitätsvolle Vermittlung, bessere Betreuung und passende Angebote statt mehr Druck auf Arbeitssuchende.



47 %

der Arbeitssuchende in Österreich haben keine abgeschlossene Berufsausbildung

6.000

Der Druck auf Arbeitssuchende steigt: Im September 2023 wurden über 6.000 Sanktionen ausgesprochen

+52 %

Steigerung von Sanktionen

WEBSITES

Arbeitsmarktmonitor: wien.arbeiterkammer.at/service/studienundzeitschriften/zeitschriften/arbeitsmarktmonitor/Sammlung_Arbeitsmarktmonitor.html

Effekte von Beraterhandeln: ams-forschungsnetzwerk.at/downloadpub/2023_AMS_-_Effekte_von_Beraterhandeln_und_Vermittlungsstrategie.pdf



GUTE ARBEIT

„Es muss schrittweise eine spürbare Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich umgesetzt werden. Eine neue, gesunde Vollzeit fördert ein langes, erfülltes Erwerbsleben und wirkt sich zudem positiv auf andere Bereiche eines guten Lebens, etwa Gesundheit und Verteilung der unbezahlten Arbeit, aus.“

SYBILLE PIKLBAUER, LEITERIN DER ABTEILUNG SOZIALPOLITIK IN DER AK WIEN, OKTOBER 2023

Was macht gute Arbeit aus? Allen voran eine gute Ausbildung, ein sicherer Arbeitsplatz, gutes Einkommen, gesunde Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten, die auch Privatleben ermöglichen, Chancen auf Weiterbildung, ein gutes Betriebsklima, Mitbestimmung im Betrieb. Gute Arbeit hält man bis zur Pension durch, und der Betrieb schaut darauf, dass Arbeitsplätze altersgerecht gestaltet werden.

GUTE ARBEIT – NICHT NUR JOBS

Die Realität sieht aber anders aus: Laut einer AK-Befragung können sich 1,5 Millionen Arbeitnehmer:innen nicht vorstellen, bis zur Pension im aktuellen Job zu bleiben. Hoher Arbeitsdruck und lange Arbeitszeiten sind die Hauptursachen. Laut AK-Wohlstandsbericht bewerten viele junge Beschäftigte die Lebens- und Arbeitsbedingungen als besonders schlecht.

ARBEITSDRUCK UND ÜBERSTUNDEN

Hoher Arbeitsdruck ist allorts spürbar: Langes Arbeiten und die Leistung von Mehr- und Überstunden werden zu einem erheblichen Teil nicht bezahlt. 2022 haben die Unternehmen 47,1 Millionen der mehr als 192 Millionen Mehr- und Überstunden laut Statistik Austria nicht bezahlt, weder in Zeit noch in Geld. Bei Frauen haben Betriebe fast jede vierte (23 Prozent), bei Männern mehr als jede vierte (28 Prozent) Überstunde weder bezahlt noch als Zeitausgleich abgegolten. Die Folgen dieser Zustände sind für alle schlecht: gesundheitliche Probleme bis hin zu Burnout bei Arbeitnehmer:innen, fehlende Arbeitskräfte in den Betrieben – das erhöht wiederum den Druck auf alle anderen Mitarbeiter:innen.

„Ich bin seit Jahren im Handel Teilzeit beschäftigt. Ich will Vollzeit arbeiten, aber die Geschäftsleitung gibt mir das nicht. De facto arbeite ich aber 40 Stunden pro Woche. Zuschläge bekomme ich nie ausbezahlt, da werde ich in Zeitausgleich geschickt.“

ISABELLA A.

MITBESTIMMUNG UND BETRIEBSRÄTE

Ein wesentlicher Schlüssel für bessere Arbeitsbedingungen ist Mitbestimmung. Immer wieder belegen Studien, dass in Betrieben mit Betriebsräten Arbeitsklima und Arbeitsbedingungen besser sind. Auch Unternehmen profitieren, wenn es einen Betriebsrat gibt. Das gilt insbesondere aber nicht nur in Krisenzeiten, wenn es etwa um Umstrukturierungen, Sozialpläne oder Kurzarbeit geht.

Es gibt viele gute Arbeitgeber, die sich an die Regeln halten. Es gibt aber auch andere. Aus den Beratungen in den Arbeiterkammern wissen wir, dass es spezielle Problembranchen gibt: Gastronomie, Hotellerie, Reinigung. Zentrale Themen sind unplanbare und überlange Arbeitszeiten, falsche Einstufungen oder unbezahlte Überstunden. Vielfach ist auch ein Frustrationsfaktor, wenn Beschäftigte nicht gemäß ihrer Fähigkeiten eingesetzt werden.

Im besten Sozialstaat arbeitet man gerne, die Arbeit macht nicht krank, man bekommt Anerkennung, kann sich weiterentwickeln und gesund in Pension gehen.

So geht's besser:

- 1 ARBEITSZEIT**
Moderne Arbeitszeiten, gesunde Vollzeit für alle – 40-Stunden-Woche ist fast 50 Jahre und damit zu alt und 12-Stunden-Tag wieder zurücknehmen.
- 2 GARANTIE & SICHERHEIT**
Recht auf Qualifizierung und Weiterbildung inkl. Existenzsicherung, Jobgarantie für Langzeitarbeitssuchende.
- 3 ARBEITSBEDINGUNGEN**
Bessere Arbeitsbedingungen, die ein sinnvolles, existenzsicherndes und gesundes Arbeiten bis zur Pension ermöglichen.



312.000

sind entmutigt, haben aufgegeben – sie sind die „Stille Reserve“

139.000

Menschen arbeiten unfreiwillig Teilzeit

1,5 Mio.

Arbeitnehmer:innen können sich nicht vorstellen, bis zur Pension im aktuellen Job zu bleiben

WEBSITES

Arbeitsklimaindex: ooe.arbeiterkammer.at/arbeitsklima

Wohlstandsbericht: emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC16958585

Arbeitsmarktmonitor: wien.arbeiterkammer.at/service/studien/Arbeitsmarkt/Arbeitsmarktmonitor_2021.html



MITBESTIMMUNG

„Diversität und Durchmischung ist immer gut. Andere Hintergründe und Erfahrungen bringen andere Sichtweisen und Perspektiven mit sich. Das kann zu kreativeren Lösungen und innovativeren Ideen führen.“

AMELA BOUSAKI, BETRIEBSRATSVORSITZENDE BEI „HILFE IN NOT“ DER CARITAS WIEN IN „ARBEIT&WIRTSCHAFT“ OKTOBER 2023

Demokratie, Mitbestimmung, Mitgestaltung sind die Adern, die eine Gesellschaft lebendig halten und lebenswert machen. Wer über Dinge nicht mitbestimmen darf, die im eigenen täglichen Leben relevant sind, wird sich irgendwann von der Politik gänzlich abwenden. Das schadet der Demokratie.

SO MUSS MITBESTIMMUNG

Wer hier lebt, arbeitet und Steuern zahlt, muss das Zusammenleben und Zusammenarbeiten mitgestalten können. Das betrifft das Wahlrecht auf allen Ebenen, Mitbestimmung in der Wohnumgebung, den Zugang zur Staatsbürgerschaft mit den damit verbundenen Rechten ebenso, wie die Vertretung im Betrieb. In der Arbeiterkammer ist Demokratie selbstverständlich, alle AK-Mitglieder können die AK Parlamente wählen – egal, welchen Pass sie haben. Auf das Thema „Demokrate und Mitreden können“ sind wir im Kapitel „Sozialstaat heißt Demokratie“ (Seiten 8/9) näher eingegangen.

VORTEILE DER BETRIEBLICHEN MITBESTIMMUNG

Betriebliche Mitbestimmung hat viele Vorteile – für beide Seiten. Studien zeigen, dass ein Betriebsrat den Beschäftigten mehr Geld, mehr Weiterbildung und mehr Gesundheitsförderung bringt. Was Manager:innen freut: Unternehmen mit Betriebsräten erzielen auch bessere wirtschaftliche Ergebnisse.

Es gibt allerdings immer noch Unternehmen, die Betriebsratswahlen verhindern – und das völlig ungestraft. In Deutschland ist es inzwischen ein Straftatbestand, wenn Mitbestimmung der Beschäftigten durch die Unternehmensleitung verhindert wird.

Wer Mitbestimmung und betriebliche Demokratie erlebt, wer über wesentliche Aspekte des eigenen Arbeitslebens mitentscheiden kann und wer das Gefühl bekommt, am eigenen Schicksal etwas ändern zu können, hat auch ein positives Verhältnis zu Demokratie allgemein.

GLAUBWÜRDIGKEIT DER DEMOKRATIE

Ein effizienter Schutz für all jene, die Betriebsratsarbeit leisten, dient daher nicht nur der demokratischen Kultur eines einzelnen Unternehmens. Er dient der Glaubwürdigkeit der Demokratie als Ganzes.

Mitbestimmung braucht aber auch Zeit. Aus der Mitbestimmungsstudie (IFES für AK Wien, 2022) geht hervor, dass nur jedes vierte Betriebsratsmitglied die Betriebsratsstätigkeit vollständig in der Arbeit ausüben kann. Betriebsrät:innen brauchen daher großzügigere Freistellungen, damit sie sich zu 100 Prozent für die Kolleg:innen einsetzen können.

Betriebsrät:innen, Personalvertreter:innen und Jugendvertrauensrät:innen sind über den Betrieb hinaus wichtige Player bei der Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer:innen. Sie sind in Gewerkschaften und Arbeiterkammern aktiv und bringen dort die Anliegen, Interessen und Probleme ihrer Kolleg:innen ein. Das trägt dazu bei, dass AK, ÖGB und Gewerkschaften mit ihrer Arbeit ganz nah an den Anliegen der Menschen sind. Und jedes einzelne AK-Mitglied kann den Kurs der AK mitbestimmen – bei den AK Wahlen!

Im besten Sozialstaat der Welt ist Demokratie lebendig, Teilhabe, Mitbestimmung und Mitgestaltung sind keine Floskeln, sondern Wirklichkeit.

So geht's besser:

- 1 BESTRAFUNG VON BLOCKADEN**
Betriebsratswahlen zu verhindern, muss bestraft werden – wie in Deutschland
- 2 MEHR ZEIT**
Verbesserungen bei Freistellungen für Betriebsratsmitglieder, auch bei kleinen Betrieben
- 3 VIELFALT FÖRDERN**
Gezielte Unterstützung für Frauen, Migrant:innen, Junge und Teilzeitbeschäftigte für bunter gemischte Betriebsräte.



50 %

der Arbeitnehmer:innen ohne Betriebsrat wünschen sich einen

84 %

der Arbeitnehmer:innen finden eine Vertretung ihrer Interessen auf betrieblicher Ebene wichtig

WEBSITES

Mitbestimmungsstudie: emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC16860719

Was alle betrifft: awblog.at/was-alle-betrifft-muss-von-allen-beschlossen-werden/

Studie Betriebsrat: wien.arbeiterkammer.at/service/studienundzeitschriften/studien/studienbetriebsrat/Mitbestimmung_im_Betrieb_aus_Sicht_der_ArbeitgeberInnen.html

Wirkung von Betriebsräten: arbeiterkammer.at/br-wirkung



ARMUT

„Als armutsbetroffener Menschen musst du tagtäglich drauf schauen, wie du den Tag überstehst. Man glaubt nicht, wie viele Eltern in Österreich auf Mahlzeiten verzichten, damit die Kinder satt werden. Das ist eine riesengroße Belastung, die immer wieder zurückkommt und einen fertig macht.“

DANIELA BRODESSER, AUTORIN UND AKTIVISTIN, AK VOLLVERSAMMLUNG NOVEMBER 2022

Armut ist bittere Realität in Österreich. Laut aktuellen Zahlen sind 1,3 Millionen Menschen von Armut bedroht, davon 312.000 Kinder – das ist jedes fünfte Kind. Die steigenden Preise machen die Situation noch schlimmer. Immer mehr Menschen wissen nicht mehr, wie sie ihre Miete, Rechnungen oder den Wocheneinkauf bezahlen sollen. Unerwartete Ausgaben – etwa für eine neue Waschmaschine, wenn die alte kaputt wird – bringen viele Menschen in finanzielle Not. Freizeitaktivitäten, Schulsportwoche für die Kinder oder Urlaube sind oft nicht leistbar.

WÄR ICH NICHT ARM WÄRST DU NICHT REICH

Die Gründe, warum jemand arm ist, sind vielfältig. Manche haben ihren Job verloren und das Arbeitslosengeld reicht nicht zum Leben. Andere können aufgrund einer Krankheit nicht arbeiten oder bekommen zu wenig Pension. Frauen, vor allem Alleinerziehende, sind besonders von Armut betroffen. Menschen, die arm sind, können nichts dafür. Niemand sucht sich das freiwillig aus. Der Sozialstaat hilft vielen Menschen, denn ohne Sozialleistungen wäre knapp die Hälfte der Bevölkerung von Armut bedroht oder betroffen.

MEHR HILFEN FÜR GRUNDLEGENDE BEDÜRFNISSE

Aber unser Sozialstaat muss verbessert werden: Wenn es mehr Hilfen für Wohnen, Energie und zur Erfüllung grundlegender Bedürfnisse gäbe, würde das vielen Menschen das Leben erleichtern.

„Besonders Frauen, insbesondere Alleinerziehende, sind von Armut betroffen. Sie leiden unter Armut, weil fehlende Kinderbetreuungsplätze verhindern, dass gearbeitet werden kann.“

KARIN HEITZMANN, WU

Dass genug Geld für die Bekämpfung von Armut da ist, zeigen auch aktuelle Zahlen: Die Zahl der Milliardäre in Österreich ist in den vergangenen zehn Jahren um knapp 60 Prozent gestiegen. Zugleich können sich immer mehr Menschen das Leben nicht mehr leisten. Eine Umverteilung von oben nach unten – etwa in Form von Vermögens- und Erbschaftssteuern – würde dazu beitragen, Armut in Österreich abzuschaffen.

Im besten Sozialstaat der Welt gibt es keine Armut, sondern die Sicherheit, nicht abzustürzen – egal, was das Leben bringt. Der beste Sozialstaat ist der sichere Boden, auf dem wir alle stehen.

So geht's besser:

- 1 FINANZIELLE SICHERHEIT**
Erhöhung des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe und eine echte Mindestsicherung statt löchriger Sozialhilfe.
- 2 SOZIALLEISTUNG**
staatliche Unterhaltsgarantie für Kinder von Alleinerzieher:innen und dauerhafte Anhebung von Sozialleistungen, die Armut bekämpfen.
- 3 GERECHTE STEUERN**
Umverteilung von oben nach unten: Einführung einer Erbschafts- und Vermögenssteuer.



5

jedes fünfte Kind ist armutsgefährdet

1,3 Mio.

Menschen sind von Armut bedroht

60 %

die Zahl der Milliardäre in Österreich ist in 10 Jahren um 60 Prozent gestiegen

WEBSITES

AK Wohlstandsbericht: emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC16958585/1

AK Paket Kinderarmut: arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitundsoziales/soziales/AK_Paket_Kinderarmut_22_07.pdf



MITWIRKENDE

Die Arbeiterkammer Wien hat mit vielen Personen, Organisationen und Institutionen darüber diskutiert, wie der beste Sozialstaat der Welt für alle, die hier leben, aussehen soll. Gemeinsam haben wir analysiert, wo aktuell die Probleme liegen – und haben viele mögliche Lösungen gefunden.

**Wir bedanken uns bei allen
Personen, die an unseren
Diskussionen teilgenommen
haben:**

GESUNDHEIT

Andreas Huss, ÖGK Obmann
Thomas Szekeresz, ehem. ÄK-Präsident
Sigrid Pilz, ehem. Patientenanwältin
Florian Skrabal, Dossier
Sonja Gobara, Ärztliche Leiterin und GF
Kinderambulatorium Sonnenschein
Gerlinde Feichtlbauer, Präsidentin Österreichisches
Hebammengremium ÖHG
Andrea Wadsack, Vorsitzende AK-Fachausschuss
für Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufe
Elisabeth Rappold, Gesundheit Österreich GmbH, GÖG

MIGRATION/INTEGRATION

Martina Zandonella, Sora
Jeremias Stadler, Partizipationsforscher
Anna Jandrisevits, Chefredaktion
Alexander Pollack, SOS Mitmensch
Maria Marchici, ehemal. Wiener Landesschulsprecherin
Lorenzo Agbogbe, Bundeskoordinator der
Berufsschüler:innen-Vereinigung
Richard Tiefenbacher, ÖGJ-Vorsitzender

PFLEGE

Günter Valda, Fotograf und Pfleger
Andrea Kapounek, Haus der Barmherzigkeit
Köksal Baltaci, Presse
Martina Lackner, ÖGB Pflegeexpertin

BILDUNG

Martin Schenk, Armutskonferenz
Irene Krehan, Vizedirektorin Wiener VS
Verena Prasek, Schulsozialarbeiterin
Mati Randow, ehemal. Schulsprecher



VERMÖGENSVERTEILUNG

Karin Doppelbauer, Neos Budgetsprecherin
Markus Koza, Grünen-Sozialsprecher
Joseph Gepp, Standard

ARMUT ABSCHAFFEN

Daniela Brodesser, Armutsexpertin
Erich Fenninger, Volkshilfe Österreich
Anna Paar, Caritas Österreich
Tanja Wehsely, Volkshilfe Wien
Christoph Badelt, Fiskalrat
Alexander Machatschke, BA Wohnungshilfe
Martina Madner, Journalistin, damals Wiener Zeitung
Marlene Seidel, Fridays for Future

WOHNEN

Klaus Baringer, Obmann Gemein. Bauvereinigung
Arthur Kanonier, Forschungsbereichleiter TU Wien
Hannah Lucia Müller, Forschungsassistentin TU Wien
Martin Putschögl, Standard
Elke Hanel-Torsch, Vorsitzende der Mietervereinigung Wien

GLEICHSTELLUNG

Eva Maria Holzleitner, SPÖ Bundesfrauenvorsitzende
Christine Bauer-Jelinek, Wirtschaftscoach
Iris Burtscher, Salzburger Nachrichten
Erich Lehner, Psychoanalytiker und Vorsitzender des Dachverbands der Männerarbeit in Österreich

PENSIONEN

Peter Kostelka, Präsident Pensionistenverband Österreich
Michael Rohregger, Anwalt
Ingrid Reischl, Leitende Sekretärin ÖGB

KLIMA

Peter Wieser, Leiter MA23
Benedikt Narodoslowsky, Falter
Andreas Jäger

ARBEITSMARKT

Petra Draxl, AMS Chefin
Helmut Mahringer, WIFO
Roman Hebenstreit, Vorsitzender Gewerkschaft vida
Josef Muchitsch, Vorsitzender Gewerkschaft Bau-Holz

GUTE ARBEIT

Lucia Steinwender, System Change not Climate Change
Andreas Fischer, Maurer und Schalungsbauer
Johannes Jäger, FH des BFI Wien
Georg Adam, FORBA

DEMOKRATIE/MITGESTALTUNG

Eva Zeglovits, IFES
Willi Mernyi, Leitender Sekretär ÖGB

IM BESTEN SOZIAL



... ist der **BILDUNGSWEG** der Kinder nicht von den finanziellen Möglichkeiten und den Ressourcen der Eltern abhängig.



... gibt es keine **ARMUT**, sondern die Sicherheit, nicht abzustürzen – egal, was das Leben bringt.



... gibt es echte **GLEICHSTELLUNG**, keinen Gender Pay Gap mehr und Care-Arbeit ist gerecht verteilt. Kinderbildungseinrichtungen sind österreichweit verfügbar, ganztägig geöffnet und kostenlos.



... haben alle **PENSIONEN**, von denen sie gut leben können.



... sorgt **ARBEITSMARKT-POLITIK** für die nötigen Qualifikationen für Arbeitssuchende und unterstützt Menschen mit besonderem Bedarf.



... tragen die **SUPERREICHEN** mehr als bisher zur Finanzierung bei und alle Menschen haben die gleichen Zukunftschancen, unabhängig davon, in welche Familie sie geboren werden.



... gibt es genug **PFLEGE-PERSONAL**, die Arbeitsbedingungen und Bezahlung sind gut. Patient:innen und Angehörige können sich auf beste Pflege und Betreuung verlassen.

STAAT DER WELT ...



... arbeitet man gerne, die **ARBEIT** macht nicht krank, man bekommt Anerkennung, kann sich weiterentwickeln und gesund in Pension gehen.



... gibt es **KLIMAGERECHTE ARBEITSPLÄTZE**, Städte und Gemeinden. Die Kosten für die Bewältigung der Klimakrise sind fair verteilt – wer mehr verursacht, trägt auch mehr bei.



... gibt es ein **GESUNDHEITSSYSTEM**, in dem alle Menschen die beste Versorgung erhalten – und zwar unabhängig von ihrem Geldbörstel.



... ist die **DEMOKRATIE** lebendig, Teilhabe, Mitbestimmung und Mitgestaltung sind keine Floskeln, sondern Wirklichkeit.



... ist **WOHNEN** kein Luxus, sondern für alle leistbar, und die Politik sorgt dafür.



... haben alle Menschen, die hier leben und arbeiten, eine Stimme und dürfen **MITBESTIMMEN** und mitgestalten.

So geht das. Damit alle Menschen ein gutes Leben haben.

#deineStimme macht uns alle stärker



Verlass dich drauf: Die AK ist #deineStimme für soziale
Gerechtigkeit und Zusammenhalt in Österreich.

ak.at/deineStimme